

Sozialismus.de

Heft 12-2017 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Ingrid Artus u.a.:
Kämpfe um Sorge-Arbeit

Klaus Pickshaus: Hände weg
vom Arbeitszeitgesetz!



**Forum
Gewerkschaften**

Mit Beiträgen u.a. von

**Joachim Bischoff, Ulrich Brand/
Markus Wissen, Michael Buck-
miller, Christoph Butterwegge,
Hinrich Kuhls, Bernhard Müller,
Paul Wellsow, Michael Wendt**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Beihilfe zum Hungertod



Die Lage im Nahen und Mittleren Osten ist hochgradig angespannt. Saudi Arabiens absolutistische Golfmonarchie führt im Windschatten der kriegesischen Konflikte im Irak und in Syrien im Jemen einen schmutzigen Angriffskrieg ...

Dauerboom von Europas Wirtschaft?



Der Euro-Raum kann im laufenden Jahr mit einem realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,2% das stärkste Wachstum seit zehn Jahren verzeichnen. Auch in der ganzen EU (EU-28) dürfte das BIP-Wachstum im laufenden Jahr mit 2,3% robuster ausfallen als im Frühjahr erwartet (1,9%) ...

Paradise-Papers und die Welt der Reichen



Erneut sind die »Geschäfte« der Steueroasen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt: die Paradise-Papers. Einem Medienverbund – u.a. beteiligt sich die Süddeutsche Zeitung – wurden insgesamt etwa 13,4 Mio. Dokumente zugespielt ...

Deutschland im Krisenmodus

Redaktion Sozialismus:

Nach dem Scheitern von Jamaika – SPD, was nun? 2

Michael Wendl:

SPD – Erneuerung ohne Veränderung? 7

Rechtspopulismus ist kein Betriebsunfall

Paul Wellsow: Widersprüchliche Gesellschaft

Der »Thüringen Monitor 2017« zeigt Punkte, wo eine Linke handeln muss 10

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Zwischen Rechtsextremismus und »blauer

Wende« – Thesen zum Rechtspopulismus in der »Berliner Republik« 15

Christoph Butterwegge: Neoliberalismus – Standortnationalismus –

Wohlstandschauvinismus – Kernideologeme des Rechtspopulismus 20

Sozialistische Alternativen?

Heinz Bierbaum:

Die Europäische Linke und das Marseiller Forum 27

Hinrich Kuhls: Corbynomics vor dem Härtestest

Labours Wirtschafts- und Sozialpolitik 30

Joachim Bischoff:

Xi Jinping, die KP und der Umbau Chinas 37

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: »Mensch vor Marge« –

Milliardengewinne und Standortschließungen: Radikalumbau bei Siemens ... 45

Klaus Pickshauss:

Auch nach »Jamaika« – Hände weg vom Arbeitszeitgesetz 49

Ingrid Artus/Peter Birke/Stefan Kerber-Clasen/Wolfgang Menz:

Kämpfe um Sorge-Arbeit 52

Linke Lebensweisen

Michael Buckmiller: »Ein Leben in der Arbeiterbewegung«

Wolfgang Abendroth – von der »Freien sozialistischen Jugend«

zur linkssozialistischen Erneuerung 57

Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise!

Modernisierung oder Überwindung von Herrschaft? –

Replik auf Dieter Boris und Eröffnung einer Debatte 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 47

Veranstaltungen & Tipps 68

Paul Oehlke: The Square (Filmkritik) 69

Supplement

Christoph Lieber | Heerke Hummel | Sabine Kebir

Die Oktoberrevolution 1917 und die Folgen

Nach dem Scheitern von Jamaika – SPD, was nun?

Redaktion Sozialismus



Parteifreunde im Schloss Bellevue, 23.11.2017 (Foto: dpa)

Die Sondierungen über ein Bündnis zwischen Union, FDP und Grünen sind gescheitert. Da die SPD derzeit noch bei ihrem Nein zu einer erneuten großen Koalition bleibt, ist die »Berliner Republik« mindestens zeitweilig im Zustand der Nicht-Regierungsfähigkeit angelangt. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit dem vorläufigen Scheitern der Regierungsbildung auch in einen Krisenmodus übergegangen. Erstmals in der Geschichte kommt eine angestrebte Koalition im Bund nicht zustande.

Aber die Schwierigkeiten der Regierungsbildung sind nachgelagert. Schon die Wahlergebnisse haben eine Zäsur sichtbar gemacht. Das bürgerliche Lager, so man davon noch sprechen kann, ist gespalten. Ob die Sozialdemokratie zugleich ihre tiefe programmatische Krise überwinden und als Koalitionspartner für die christliche Union als größte Partei des bürgerlichen Lagers fungieren kann, ist eine offene Frage.

Das Scheitern von Jamaika ist nicht wirklich überraschend. Gleichwohl kommt das Scheitern dieser politischen Option

einem Erdbeben gleich. Deutschland sind die Handlungsvarianten zur Bildung einer Mehrheitsregierung ausgegangen. Das hat es noch nie gegeben.

Angela Merkel stürzt damit in die schwerste Krise ihrer zwölfjährigen Amtszeit. Schließlich war Jamaika ihr Projekt, das nun nicht zustande kommen wird. Nach der jüngsten Umfrage von Infratest Dimap für die ARD bedauern die befragten BürgerInnen den Abbruch der Gespräche und das Nichtzustandekommen der angepeilten Koalition mehrheitlich. Die AnhängerInnen der AfD dagegen begrüßen das Scheitern der Sondierungsgespräche und halten es damit so wie das Spitzenpersonal der Partei. Hinter dem Scheitern der Regierungsbildung verbergen sich tiefgreifende programmatisch-ideologische Differenzen unter den Parteien des bürgerlichen Lagers.

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hatte den Ausstieg und Abbruch des politischen Kurses in Richtung Jamaika damit begründet, es läge nach Wochen »ein Papier mit zahllosen

Widersprüchen, offenen Fragen und Zielkonflikten« vor. Wo es Übereinkünfte gebe, seien diese mit viel Geld der BürgerInnen oder Formelkompromissen erkaufte worden. Die Unterschiede zwischen CDU, CSU und FDP seien zwar überbrückbar gewesen, aber zuletzt hätte es bei den Sondierungen sogar Rückschritte gegeben, weil erzielte Kompromisslinien in Frage gestellt worden seien. »Wir werfen niemandem vor, dass er für seine Prinzipien einsteht. Wir tun es aber auch.« Und: »Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.«

Das Scheitern ist mithin nur für die Beobachter überraschend, die die gravierenden inhaltlich-konzeptionellen Differenzen über die Gestaltung der Republik nicht wahrhaben wollen. Die in den Bundestagswahlen 2013 gescheiterte FDP hat während ihres Wiederaufstiegs immer erklärt: Die Partei sei offen für vieles, aber sie wolle als eigenständige Kraft gewählt werden. Eines wollte die neue Führung unter Parteichef Linder ausschließen: den Verrat ihrer Grundsätze. Damit sollte zugleich deutlich gemacht werden, dass die FDP nicht um jeden Preis regieren wolle.

Und jetzt also die klare Ansage: keine Beteiligung an einer falschen Regierung. Was heißt das? Die FDP will eine Modernisierung der Berliner Republik. Die von ihr präferierten Instrumente sind Steuersenkungen für Unternehmen und Entrepreneurs sowie eine weitere Deregulierung mit dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals. Die FDP ist auch aufgeschlossen für einen Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – Digitalisierung und endlich Bildung auf Welt-niveau. Sie will einen Rechtsstaat, der Sicherheit ohne Überwachung garantiert, eine wettbewerbsorientierte Energiepolitik, mehr Freiheiten in der sozialen Absicherung und bei der Gestaltung von Arbeit, Rente und Familie, eine Europapolitik gegen Niedrigzinspolitik, Vergemeinschaftung und Investitionsstau sowie eine aktivere Außenpolitik. Aber auch die »erneuerte« FDP wollte von der Priorität der Steuerpolitik nicht abrücken. Für die Liberalen sind Steuerentlastungen inklusive dem Rückfahren des Soli zwischen mindestens 30 Mrd. Euro und möglichst 45 Mrd. Euro unverzichtbar.

Diese politische Substanz steht quer zu den Positionen von Union und Grünen. Vordergründig ging es bei den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen um die Begrenzung der Zuwanderung und den Nachzug von Angehörigen. In der Substanz aber geht es den Unionsparteien vor allem um eine Sozialpolitik, mit der die Wut der »abgehängten Bevölkerungsschichten« aufgefangen werden kann. Familien sollen direkt entlastet werden mit einer Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags sowie einem »Baukindergeld«, das Wohneigentum fördern soll. Die Mütterrente steht im Gegensatz zur Mindestrente.

Diese Transferlogik beschränkt die von der FDP geforderte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Humanität in der Zuwanderung ja, aber sie soll für die Kommunen und Landkreise beherrschbar, sprich finanziell tragbar bleiben. Hinter dem Dissens in der Flüchtlingspolitik standen bis zuletzt mehrere strittige Punkte in der Energie-, Klima- und Finanzpolitik. Das Projekt einer breiten Koalition aller Parteien des bürgerlichen Lagers ist daran gescheitert, dass man in der gegenwärtigen Konstellation nicht beides realisieren kann: eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung der Wirtschaft in Verknüpfung mit einem ausreichenden sozialpolitischen An-

gebot für die Schichten, die schon in den letzten Jahren nicht am Zuwachs des gesellschaftlichen Wohlstandes beteiligt waren.

Die Union könnte mit einer Minderheitenregierung weiterregieren, so wie es momentan auch der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy tut. Die wechselnden Mehrheiten brächten aber sicherlich eine massive Einschränkung des Spielraums in der Europa- und Außenpolitik.

Nach dem Scheitern von Jamaika würden nach aktuellen Umfragen Neuwahlen keine grundlegende Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse bringen: Das bürgerliche Lager, inklusive der modernen Rechten, bleibt gespalten und die Sozialdemokratie steckt in ihrer Krise der inhaltlichen und personellen Neuaufstellung vor dem Hintergrund einer unverzichtbaren Aufwertung der Lohnarbeit fest. Auf dem Weg zu Neuwahlen gibt es außerdem institutionelle Hürden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kann das Parlament erst auflösen, nachdem die Wahl einer Kanzlerin bzw. eines Kanzlers gescheitert ist. Politisch wäre dieser Weg das Ende des Systems Merkel, weil dies die Unionsparteien insgesamt zu einer Neuaufstellung zwingt. Sie befinden sich schon jetzt in einem kritischen Zustand. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CSU um Personal und politisch-programmatische Ausrichtung ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen in Bayern gehen auch nach dem Ende des Kurses in Richtung auf Jamaika in die nächste Runde und belasten das Erscheinungsbild des christdemokratischen Lagers. Einen Zuwachs an Wählerstimmen lässt das kaum erwarten.

Die SPD in der Zerreißprobe

Eine Regierung mit einer stabilen Mehrheit gäbe es nur als Fortführung bzw. Neukonstitution einer großen Koalition, also mit der SPD. Der Druck auf die Sozialdemokraten, der Stabilität zuliebe staatspolitische Verantwortung zu übernehmen, hat bereits nach dem Scheitern von Jamaika zugenommen. Schon werden nicht wenige Stimmen in der SPD laut, die ein solches Risiko eingehen würden. Die Ambivalenz wurde bereits früh auch bei Parteichef Martin Schulz deutlich, der die Jamaika-Koalierer zur Eile gemahnt und in Richtung der Sondierer appelliert hatte: »Deutschland kann nicht warten, Europa kann nicht warten.« Dies war politisch bereits ein Argument dafür, nach einigen Klärungen sich doch noch einmal auf eine große Koalition einzulassen. Vor diesem Hintergrund ist die Herbeiführung eines anders lautenden Parteivorstandbeschlusses vor allem für Teile der neuen Bundestagsfraktion schwer nachvollziehbar.

In der SPD mehren sich daher die Stimmen für eine Minderheitsregierung. Nach Fraktionschefin Andrea Nahles brachte auch Partei-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel diese Option ins Gespräch. Diese im Grundgesetz vorgesehene Option müsse jetzt erwogen werden. »Wir sehen im Moment keine Basis für eine Große Koalition«, sagte er. »Wir wollen keine österreichischen Verhältnisse.« Dagegen wiederholten Martin Schulz und der Parteivorstand ihre Absage an eine Große Koalition: »Wir scheuen keine Neuwahlen.« Für die Aussage erhält Schulz aber nicht nur Zustimmung aus den eigenen Reihen. Mehrere Abgeordnete der Bundestagsfraktion kritisierten die schnelle »Ausschließertis« des Parteichefs und die scheinbare Alternativ-



Gegen Jobabbau in Andernach: Andrea Nahles, 23.11.2017 (Foto: dpa)

losigkeit. »Nach dem Aus von Jamaika haben wir eine neue Situation«, äußerte Johannes Kahrs, der Sprecher des rechten SPD-Flügels, gleich in mehreren Interviews. Bevor man über Neuwahlen rede, solle man über das reden, was man habe, so Kahrs. Innerhalb der Fraktion werden mehrere Optionen diskutiert: Neuwahlen, die Fortsetzung der Großen Koalition, die Tolerierung einer Minderheitsregierung der Union oder eine »Kenia-Koalition« von Union, SPD und Grünen. Kahrs und andere forderten den SPD-Chef dazu auf, offen in das Gespräch mit dem Staatsoberhaupt zu gehen.

Vor dem Parteitag der SPD Anfang Dezember steht die SPD vor einem Dilemma. Nach dem desaströsen Abschneiden wollten sich die Sozialdemokraten in der Opposition neu aufstellen. Die SPD hat durchaus die Herausforderung vor Augen, dass sie bei taktischen Manövern dasselbe Schicksal erleiden könnte wie der Großteil der Parteien der europäischen Sozialdemokratie, die in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden sind. Von der geforderten personellen und inhaltlichen Neuaufstellung ist nichts zu sehen und das Fehlen einer strategischen Orientierung geradezu schmerzhaft deutlich. Damit reduziert sich die Diskussion in der SPD-Führungsetage auf unterschiedliche Machtoptionen ohne inhaltliche Programmatik und Ziele. Es sei klüger – so einige Mandatsträger – wieder mitzuregieren, als in ein paar Monaten bei Neuwahlen zu riskieren, noch unter 20% abzurutschen. Umgekehrt ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass eine Neuauflage der GroKo die SPD ohne deutliche Änderungen in der Verteilungspolitik noch weitere WählerInnenzustimmung verliert.

Andererseits bestünde bei den gegenwärtigen finanziellen Spielräumen von bis zu 45 Mrd. Euro durchaus die Möglichkeit für die SPD, mit einem Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Altersarmut und einer Reform der Rentenpolitik Zeichen für eine Kurskorrektur zu setzen. Olaf Scholz, Hamburger Bürgermeister und SPD-Bundesvize, engagiert sich in der Debatte um die künftige Ausrichtung der SPD in diese Richtung. Er fordert seine Partei auf, sich für eine deutliche Anhebung des Mindestlohns einzusetzen. »Wir sollten den Mindestlohn in einem

überschaubaren Zeitraum auf zwölf Euro pro Stunde anheben.« Die Große Koalition hatte zum 1. Januar 2015 einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt. Für die Anpassung der Höhe ist eine Kommission aus Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen zuständig. Inzwischen liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro pro Stunde. Scholz sagte zu seinem Zwölf-Euro-Vorstoß, die Lohngrenze müsse künftig hoch genug sein, damit niemand, der Vollzeit arbeite, im Alter auf öffentliche Hilfe angewiesen sei: »Man kann für Wachstum und technischen Fortschritt sein und zugleich für einen starken Sozialstaat mit ordentlichen Löhnen.«

Die Fraktionschefin Andrea Nahles wies die Idee ihres Parteikollegen entschieden zurück. »Von der politischen Anhebung des Mindestlohns bin ich nicht überzeugt. ... Wir haben die Anpassung des Mindestlohns in die Hände der Mindestlohnkommission und damit der Sozialpartner gegeben. Sie berücksichtigen insbesondere die Lohnentwicklung insgesamt. Das sollte auch so bleiben.« Scholz habe zwar Recht damit, dass Wachstum, ordentliche Löhne und ordentliche Renten kein Widerspruch seien, sondern sich gegenseitig beförderten. Es gebe jedoch andere Instrumente als die Anhebung des Mindestlohns – wie die Stärkung der Tarifbindung, stabile Beschäftigungsverhältnisse und Reformen in der Rente.

Olaf Scholz plädiert mit seinen Thesen zur Zukunft der Sozialdemokratie (»Keine Ausflüchte! Neue Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze!«; online unter www.vorwaerts.de/system/files/keine_ausfluechte_olaf_scholz.pdf) für eine Mischung aus bürgerlicher Regierungspragmatik und begrenzten Korrekturen an den Verteilungsverhältnissen. Nur vordergründig sind die Thesen der entschiedene Widerspruch zu gängigen Erklärungen für die Wahlniederlage. In der Partei heißt es oft, es habe an mangelnder Mobilisierung gelegen. Für den Hamburger sind das »Ausflüchte« – genau wie die These, die fehlende Machtoption sei schuld gewesen oder die wachsende Konkurrenz von Grünen, LINKEN und AfD. Die Probleme der SPD seien grundsätzlicher, schreibt Scholz. Auch von der Behauptung, die SPD habe sich im Wahlkampf nicht klar genug für mehr sozi-

ale Gerechtigkeit eingesetzt, hält er wenig. Sein Einwand: Der Wahlkampf habe doch »ganz im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit« gestanden.

Anders als SPD-Chef Martin Schulz, der zuletzt mehr »Mut zu Kapitalismuskritik« gefordert hatte, spricht sich Scholz für einen pragmatischen Kurs aus, bei dem Wirtschaftswachstum, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit verbunden werden können. Dass die SPD nach dem sehr schlechten Ergebnis der Bundestagswahl über ihre strategische Aufstellung diskutieren und eine Neuausrichtung durchsetzen muss, ist unstrittig eine Überlebensfrage. Scholz unterstreicht zu Recht: »Die Lage ist ernst, keine Frage. Es gibt eine strukturelle Krise, die nicht nur die deutsche Sozialdemokratie trifft. In vielen westlichen Ländern wie den Niederlanden oder Frankreich haben die traditionellen Mitte-links-Parteien zuletzt desaströse Ergebnisse eingefahren. Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob es ein Problem gibt – das gibt es –, sondern, wo die Ursachen liegen.«

In der Positionsbestimmung von Scholz findet sich keine direkte Kritik am angeschlagenen Parteichef Schulz. Der hatte sich nach der Wahl für einen Linksschwenk ausgesprochen und die »Systemfrage« ausgerufen. Schulz lässt keinen Zweifel daran, dass er auf dem Parteitag Anfang Dezember wieder antritt und sich auch nicht bloß als einen Übergangsvorsitzenden versteht. Seine Chancen stehen nicht schlecht. Etliche erfahrene SPD-PolitikerInnen mögen ihn schon abgeschrieben haben.

Der aktuelle und wohl auch künftige Parteivorsitzende plädiert also für einen Linksschwenk. Es bleibt allerdings offen, was das inhaltlich bedeutet. Zugleich wurden acht Regionalkonferenzen angesetzt. Deren Sinn charakterisierte Stephan Weil, der amtierende SPD-Chef und wiedergewählte Ministerpräsident in Niedersachsen, wie folgt: Am Anfang des Erneuerungsprozesses der SPD müsse in jedem Fall die Parteibasis das Wort haben. »Es ist gut, dass Martin Schulz bei den Dialogveranstaltungen erstmal zuhört.« Das miese Ergebnis der Bundestagswahl sei allen SozialdemokratInnen in die Glieder gefahren. Diesen Dialog müsse die SPD aber auch dezentral mit gesellschaftlichen Kräften und interessierten BürgerInnen führen, sagte Weil.

Das zentrale Problem bestreitet auch er nicht: Man müsse aufpassen, dass man die notwendige Aufarbeitung der Wahl-niederlage und eine Neuaufstellung der SPD nicht gleich mit Personalpolitik vermische und vermenge. »Das ist der Tod jeder inhaltlichen Debatte.« Warten wir ab, ob diese Konzentration auf die politischen Inhalte gelingt, und werfen einen Blick auf die Grundpositionen.

Kapitalismuskritisch und wirtschaftsfreundlich – geht das zusammen?

Scholz plädiert dafür, auch in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung »Fortschritt und Gerechtigkeit in pragmatischer Politik« zu verbinden. Dabei sei wirtschaftliches Wachstum »eine zentrale Voraussetzung, um eine fortschrittliche Agenda zu verfolgen«. Anders als viele MitstreiterInnen in der SPD und auf dem linken Spektrum der Politik geht es für Scholz künftig zentral um die Frage, wie das Wirtschaftswachstum unter den verschärften ökologischen Herausforderungen gesichert werden könne. Er unterstreicht: »Es ist kein Zufall, dass die sozialdemokratischen Parteien in Europa, und generell in allen klassischen Industriestaaten, fast zur gleichen Zeit nicht mehr an frühere Wahlerfolge anknüpfen können. Die sozialdemokratischen Parteien in diesen wirtschaftlich erfolgreichen Ländern stehen vor der Herausforderung, dass die – im Vergleich zu den Jahrzehnten davor – geringere Wachstumsdynamik seit den 80er Jahren, die Globalisierung und die technologischen Veränderungen, namentlich die Digitalisierung, vielen Bürgerinnen und Bürgern (berechtigte) Sorgen bereiten. Überall weisen die Statistiken sinkende Löhne in den unteren Einkommensgruppen und nicht selten auch stagnierende Einkommen in der Mittelschicht aus ... In dieser veränderten Welt müssen die sozialdemokratischen Parteien plausible Antworten auf die Frage geben können, wie eine gute Zukunft möglich ist, die sich nicht auf die natürlichen Profiteure der Globalisierung und Digitalisierung beschränkt. Die sozialdemokratischen Konzepte müssen deshalb weiterentwickelt werden.«

Oliver Schwedes

Verkehr im Kapitalismus

2017 - 192 Seiten - 20,00 €
ISBN: 978-3-89691-098-1

Der Verkehr im Kapitalismus ist einer der größten CO₂-Produzenten. Gleichzeitig ist er der einzige Sektor, in dem die Klimagasemissionen bis heute steigen, während etwa im Energiesektor oder den privaten Haushalten politische Erfolge erzielt wurden. Der Verkehrssektor scheint besonders zu sein und die politische Gestaltungsmacht ist dort offensichtlich geringer als in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Oliver Schwedes geht in seinem Buch der Frage nach, woran das liegt und was geschehen muss, damit der Verkehr in Zukunft im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden kann.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Das zentrale Strukturproblem der Sozialdemokratie ist, dass es keine erneute Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist geben soll. Auch Scholz sieht, dass es nicht erneut im Sinne eines Neoliberalismus light (Blair-Schröder) um eine umfassende Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme zulasten der Lohnabhängigen gehen kann: »Die sozialpolitischen Beschlüsse der rot-grünen Koalition, insbesondere die 2003 angekündigte Agenda 2010 und die Rentenbeschlüsse zu Beginn der anschließenden großen Koalition, haben die SPD Kraft gekostet und sie hat darüber an Zustimmung verloren. Das bezweifelt wohl niemand. Man muss der SPD sozialpolitisch vertrauen. Und die Würde der Arbeit muss im Zentrum ihrer Politik stehen. Daran darf niemand (wieder) zweifeln.«

In der Tat will Scholz die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und sozialstaatlicher Regulierung neu gestalten. Seine Grundüberlegung: Ohne Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Höchstleistungen wird sich das Lebensniveau in der Berliner Republik nicht ausbauen lassen. Aber die verteilungspolitischen Negativeffekte der letzten Jahrzehnte müssen zügig überwunden werden. Wirtschaftlicher Erfolg wird auch in Zukunft nur durch Einbettung in die Globalökonomie möglich sein. »Ein starker und zuverlässiger Sozialstaat ist allerdings die unverzichtbare Bedingung dafür, dass sich niemand deswegen sorgen muss. Gerade wegen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es unabdingbar, die unteren Lohngruppen durch einen substanziellen Mindestlohn abzusichern, der hoch genug ist, um im Alter nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein. Die Sicherheit, die Tarifverträge und Gewerkschaften in der old economy geschaffen haben, ist auch in der digitalen Ökonomie nötig. Sichere Arbeitsverhältnisse sind auch künftig ein wichtiges politisches Ziel ... Und das Leben muss auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben, deshalb braucht Deutschland gebührenfreie Betreuung und Bildung und bezahlbare Wohnungen. Und ein gerechtes Steuersystem.«

Das heißt, die SPD muss wieder für mutige Reformen eintreten, die vernünftig sind und an deren Umsetzung man glauben kann. Vernünftig heißt: Wirtschaftliches Wachstum wird auch in Zukunft eine zentrale Voraussetzung sein, um eine fortschrittliche Agenda zu verfolgen. Das gelingt nur, wenn das einhergeht mit einer guten Einkommensentwicklung auch der unteren Lohngruppen. Oder allgemeiner: Linke Parteien werden daran gemessen werden, ob sie sich mit einer tiefen sozialen Spaltung abfinden. Die soziale Umgestaltung des modernen Kapitalismus ist daran gebunden, dass an die Stelle der Exportorientierung ein am Binnenmarkt orientiertes und lohnbasierendes Wachstumskonzept tritt.

Die Kontroverse zwischen Olaf Scholz und Fraktionschefin Andrea Nahles macht sowohl das Grundproblem als auch die unterschiedlichen Lösungsansätze in der SPD sichtbar. Der Anteil der ArbeitnehmerInnen, die in Deutschland einen Niedriglohn beziehen, ist im europäischen Vergleich hoch. So verdienen 22,5% der Beschäftigten unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro pro Stunde. Zum Vergleich: Im Euroraum insgesamt kommen nur 15,9% der ArbeitnehmerInnen mit einem Niedriglohn nach Hause und haben dabei mehr in der Tasche als deutsche NiedriglöhnerInnen. Im Euroraum beginnt der Niedriglohn erst unterhalb von 14,10 Euro. In der gesamten EU sieht

es etwas schlechter aus. Dort arbeiten 17,2% der Beschäftigten unterhalb der Niedriglohnschwelle, die bei 13,20 Euro liegt.

Der große Niedriglohnsektor ist das Haupteinfallstor für heutige Erwerbs- und spätere Altersarmut. Deshalb reichen die Einführung und die bisherigen Anpassungen des Mindestlohns nicht aus: Er war mit 8,50 Euro in der Stunde (heute 8,84 Euro) zu niedrig, um bei Vollzeitarbeit aus der Armutszone herauszukommen. Hinzu kommen die vielen Ausnahmen: Für Langzeitarbeitslose gilt er das erste halbe Jahr nicht, für unter 18-Jährige ohne Berufsabschluss gar nicht, für KurzezeitpraktikantInnen, für SaisonarbeiterInnen, für ZeitungszustellerInnen gibt es Übergangsvorschriften – alles Ausnahmen, die das politische Instrument Mindestlohn beschränken. Der Mindestlohn reicht erst recht nicht aus, um aus dem Problem der Altersarmut herauszukommen und sich davon zu befreien oder erst gar nicht hineinzugeraten. Wer 40 Jahre vollzeit für einen Mindestlohn arbeiten musste, wird am Ende auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sein und kann seinen Lebensstandard, der ohnehin niedrig war, im Alter noch nicht einmal halten.

Deutschlands Wirtschaft boomt. Doch der Arbeitsmarkt spaltet sich in »normale«, d.h. auskömmliche LohnbezieherInnen und atypisch oder prekär Beschäftigte. Problematisch sind der stark angewachsene Niedriglohnsektor und der hohe Anteil von Menschen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Daher hat sich die stark gesunkene Arbeitslosigkeit nicht positiv auf das Armutsrisiko im Lande ausgewirkt. Insgesamt hat die Aufwärtsmobilität von GeringverdienerInnen sogar abgenommen. Olaf Scholz will diese Entwicklungstendenz durch einen zeitnahen Sprung im Niveau des Mindestlohns bekämpfen, Andrea Nahles setzt auf die langsame Anpassungslogik der Niedriglohnkommission.

Scholz hat den Weckruf der sinkenden Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie in Europa und den Aufstieg der Rechtspopulisten eher verstanden: Die SPD »muss eine Politik formulieren, die zeigt, wie Wachstum möglich ist, an dem alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben«. Allerdings unterschätzt auch er die Logik des Niedriglohnsektors im modernen Kapitalismus. Dauerhaft ist die Würde der Lohnarbeit nur durch weitergehende politische Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse wiederherzustellen. Diese sind nur mit grundlegenden Korrekturen am System zu haben, die neben Mindestregelungen auch die Machtressourcen der Gewerkschaften stärken. In einem System, das Helmut Schmidt einmal »Raubtierkapitalismus« nannte, lässt sich die soziale Ungerechtigkeit und Spaltung nur begrenzt zurückdrängen.

Die SPD wird von dieser Logik herausgefordert. Olaf Scholz räumt ein, die Partei werde »seit längerem als zu taktisch wahrgenommen«. Diese Wahrnehmung dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die SPD will Fortschritt und Gerechtigkeit in pragmatischer Politik und einer unmittelbar daran anschließenden Erzählung verknüpfen. Aber solange die Partei vor den grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetzen des modernen Kapitalismus die Augen verschließt und sich nur auf partielle Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse konzentriert, wird sie aus der Abwärtsspirale nicht herauskommen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

